

Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Rieser Tagesblatt
Rieser Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreisverwaltung, des Amtsgerichts und der Kreisverwaltung beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meßsen beständig bestelltes Blatt.

Postfach Nr. 52.
Rieser 1590.
Verlag:
Rieser Nr. 52.

N. 30.

Sonnabend, 4. Februar 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM 2,14 einzchl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (8 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Gewährungsart: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Redaktionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsschluß: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Vor dem Zusammenbruch des französischen Sicherheitsplanes England gegen den französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan.

Genf. Im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz brachte am Freitag der Staatssekretär des Auswärtigen, Eden, den Standpunkt der englischen Regierung zum französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan zum Ausdruck. Die Erklärung war eine Abfolge an die Adresse Frankreichs. Eden betonte, man dürfe bei der von Frankreich geforderten Behandlung des Sicherheitsproblems die Bedeutung der bereits bestehenden Sicherheitsgarantien nicht übersehen, die von hoher praktischer Bedeutung seien. Hierzu gehöre der Völkerbundsvertrag, der Kellogg-Vertrag und der Vertrag von Locarno. Locarno gewähre eine tatsächliche Sicherheit, die Westeuropa ausgereicht sei. Die englische Regierung habe damals das Ideal eines allgemeinen Sicherheitspaktes aufgegeben und es für zweckmäßiger gehalten, ein System von Sicherheitsabkommen im Interesse bestimmter lokaler Sicherheitsbedürfnisse auszuarbeiten. Eden berührte dann die Bemerkung Kloibs über die Bedeutung Englands für das mittlereuropäische Sicherheitsverhältnis und erklärte, die englische Regierung sei nicht in der Lage, über die im Locarno-Vertrag eingegangenen Verpflichtungen hinauszugehen.

Im Gegensatz zu dem französischen Plan bezeichnete Eden die Notwendigkeit einer allgemeinen sofortigen Herabsetzung aller Rüstungen als die entscheidende und allseitige Aufgabe der Abrüstungskonferenz. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt verlange endlich praktische Ergebnisse auf diesem Gebiet zu sehen. Die Steuerlasten für Rüstungen seien untragbar geworden. Das jegliche Maß von Sicherheitsgarantien sei bereits genügend, um die allgemeine Abrüstung zu ermöglichen. Die Herabsetzung der europäischen Rüstungen würde eine neue Garantie für den Frieden Europas darstellen. Die Abrüstungskonferenz dürfe sich nicht in die Gefahr begeben, an Stelle von Rüstungsbeschränkungen über Pläne zur Vorbereitung der Abrüstung zu verhandeln. Die Konferenz müsse daher fest auf der Grundlage des Hoovervorschlages und der Vorschläge der italienischen und der englischen Regierung, unter Berücksichtigung der französischen Anregungen, zu praktischen Ergebnissen schreiten. Die englische Regierung habe kürzlich der Konferenz ein praktisches Arbeitsprogramm vorgelegt, das einen beschleunigten Abschluß der Arbeiten ermögliche. Die Zeit der Reden sei vorbei.

Auch Belgien hat schwere Bedenken.

Genf. Die allgemeine Aussprache über den französischen Plan wurde am Freitag mit einer Erklärung des belgischen Vertreters Bourquin abgeschlossen. Sie wird am Montag fortgesetzt. Bourquin, dessen selbständige Haltung gegenüber Frankreich allgemein anerkannt ist, erklärte die Zustimmung seiner Regierung zu dem französischen Plan, äußerte jedoch ernste Zweifel über die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Internationalisierung der schweren Waffen. Er trat für einen einseitigen Armeevertrag mit kurzer Dienstzeit ein, wies jedoch darauf hin, daß ohne England ein europäisches Sicherheitsproblem nicht möglich sein werde.

Die bisherige Aussprache hat eine unerwartete einseitige Ablehnung des französischen Planes ergeben.

Eine Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem von Frankreich geplanten allgemeinen Sicherheitsplan ist angesichts der amerikanischen Haltung in der Schuldenfrage völlig ausgeschlossen. Man erwartet, daß auch die skandinavischen Mächte die Hauptziele des französischen Planes ablehnen werden. Der Zusammenbruch des französischen Planes wird jetzt bereits in allen internationalen Kreisen als Tatsache hingenommen.

Bestimmung der französischen Presse.

Paris. Die Ausführungen des englischen Vertreters im Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz, Eden, über den französischen Abrüstungsplan veranlaßten die Deutscher Berichterkatter der Pariser Blätter zu der Feststellung, daß nunmehr auch England sich der deutschen und der italienischen Opposition gegen den französischen Plan anschließen, um den Abrüstungsplan, den der englische Außenminister Simon vorbereitet habe, in den Vordergrund zu rücken. — Der Außenpolitiker des Echo de Paris meint, man werde sagen, Eden habe ja nicht erklärt, daß eine Regierung ablehnen würde, einem Konsultationspaket beizutreten, wenn die Vereinigten Staaten dafür zu haben wären. Aber ein Konsultationspaket bedeutet so gut wie nichts, da die Signaturen einer beträchtlichen Abmachung höchstens vorläufig, in einem Meinungsaustrausch einzutreten. Deshalb sei es notwendig, daß Paul-Boncour in der kommenden Woche dem Versuch, den französischen Plan zu begradigen, entgegenstehe. Es sei aber zu befürchten, daß er vielleicht nicht mutig genug sei, seiner Ideologie zu entsagen. — Auch der Berichterkatter des Petit Parisien ist enttäuscht von den Ausführungen des englischen Delegierten, um so mehr, als seiner Ansicht nach der Regierungsverweigerung in Deutschland und der von dem deutschen Delegierten, Hoffmeyer-Radolan, zum Ausdruck gebrachte Auffassungswelt Deutschlands England zu einer anderen Beurteilung der Lage hätte veranlassen müssen.

Der Reichstanzler vor der ausländischen Presse.

Berlin. „Associated Press“ veröffentlicht ein Interview, das Reichstanzler Adolf Ritter ihrem hiesigen Korrespondenten gab. Der Kanzler wies zunächst darauf hin, daß die Linksparteien 14 Jahre lang völlig unbeschränkt freie Hand gehabt hätten. „Schauen Sie sich jetzt das Ergebnis an“, so rief er aus, „geben Sie uns 4 Jahre, die verfassungsmäßige Periode des Reichstages, und dann soll das Land über und richten“. Auf die Frage nach einer Erklärung des Vierjahresplanes der Regierung antwortete Reichstanzler Ritter: „Ich treue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben. Wenn ich eine Propagandarede für meine Partei vorzutragen hätte, so hätte ich versprochen können, daß die Arbeitslosigkeit im 15. März verschwunden sein würde und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihrem alten Stand zurückgebracht wäre. Aber ich bin ehrlicher als die meisten meiner Gegner und habe daher keine solchen Versicherungen gemacht. Es ist unmöglich, das Staatsdefizit plötzlich in den rechten Kurs zu bringen. Dazu bedarf es Zeit. Alles, was ich verlangen, sind 4 Jahre“. Rüttelnd fügte der Kanzler hinzu: „Denken Sie daran, daß ich beharrlich bin, ich habe starke Nerven. Wenn ich nicht voll Entschlußkraft wäre, so stände ich heute nicht hier vor Ihnen.“

Im Anschluß an diese kurze Unterredung wurde eine Reihe Korrespondenten der englischen und amerikanischen Presse empfangen, vor denen der Kanzler erklärte: „Ich hoffe, die Welt weit, was in Deutschland vorgeht. Hier

lann es kein Kompromiß geben. Entweder wird in Kürze die rote Fahne des Bolschewismus aufgezogen, oder Deutschland findet sich zu sich selbst zurück. Ich appelliere an die Weltpresse, kein vorläufiges Urteil über die Ereignisse, die jetzt ablaufen, zu fällen. Ich bitte Sie, die neue Regierung nach ihren Taten zu richten und nicht etwa in isolierten Teilschnitten zu verurteilen“. Mit erhobener Stimme fuhr er fort: „Man hat mich als einen Mann beschrieben, der blutdürstige Brandreden gegen die fremden Staaten hält, und die Welt ist jetzt über meine Rhetorik erkaunt. Meine Herren, ich habe niemals eine Brandrede gehalten. Ganz im Gegenteil, meine Reden, selbst die vor 10 und 12 Jahren, legen Zeugnis ab. Jeder, der wie ich selbst den Krieg kennt, weiß, welche fürchterliche Verwüstung von Energien oder vielmehr welchen Verbrauch von Kräften er bedeutet. Ueber das, was ein etwaiger zukünftiger mit sich bringt, können nur Mutmaßungen aufgestellt werden. Daher wünscht niemand mehr Frieden und Ruhe als ich, als das deutsche Volk. Inbald müssen wir darauf bestehen, daß wir mit den anderen Nationen gleichberechtigt sind und unseren angemessenen Platz in der Welt einnehmen, genau wie jeder Amerikaner das selbe für sein Land fordern wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß traud ein Patriot für sein Land anders denkt als wir für unseres. Natürlich, mein Interesse ist auf Deutschland gerichtet.“

Um die Breußenwahl

Berlin, 4. Februar.

Das Reichskabinett sollte Freitagabend in einer mehrstündigen Sitzung seine Beratungen fort. Im Vordergrund hand besonders eine Verordnung, die Ausschreitungen in der Presse beuge soll. Diese Verordnung dürfte aber noch nicht am heutigen Sonnabend erscheinen, da die Vorbereitungen offenbar noch nicht so weit gediehen sind.

Weiter interessiert das Kabinett natürlich augenblicklich stark die Breußenfrage. Man sieht der heutigen Sitzung des Preussischen Landtages und der Abstimmung über den Aufhebungsantrag der Nationalsozialisten mit großer Spannung entgegen. Ob es auf diesem Wege zur Auflösung kommt, wird in politischen Kreisen bezweifelt. Der Gedanke, die Auflösung dann durch Notverordnung zu vollziehen, wird von den maßgebenden Stellen nicht weiter verfolgt werden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß ein solcher Akt eine erhebliche Beunruhigung auch bei den übrigen Ländern hervorrufen würde.

Eine andere Möglichkeit zur Auflösung wäre noch der Umweg über Gemeindevewahlen in der Weise, daß die Gemeindeparsimente die Provinziallandtage wählen, diese den Staatsrat und der Staatsrat schließlich seinen Präsidenten. Er ist Mitglied des Dreimännerkollegiums, das die Auflösung des Landtages herbeiführen kann. Augenblicklich ist sie nicht möglich, weil Oberbürgermeister Wbenauer als Präsident des Staatsrates kaum für die Auflösung zu haben sein würde. In seiner Stelle müßte also schon ein nationalsozialistischer Präsident gewählt werden. Dieser Weg zur Auflösung würde die gleichzeitige Wahl in Reich und Preußen selbstverständlich nicht machen lassen; es müßte vielmehr zum Preussischen Landtag zu einem späteren Zeitpunkt gewählt werden.

Der Anstaltsverbund an die neue Reichsregierung.

Anschluß des Reichs der Reichsregierung hat der Vorsitzende des Anstaltsverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Präsident Griesmeyer, sich mit persönlichem Schreiben an den Herrn Reichstanzler Ritter und den Herrn Reichsarbeitsminister Seidte gewandt und ihnen die besondere Fürsorge für die Kriegsopter dringlich aus dem Wege gelegt. Hierbei wurde u. a. hervorgehoben, daß es die vorrangigste Forderung des Verbandes sei, diejenigen Maßnahmen der Notverordnungen unverzüglich zu befehlen, die von den Kriegsoptern als Ungerechtigkeiten empfunden werden müssen. In erster Linie handelt es sich um die in der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 verfallene Anrechnung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf die Renten aus der Sozialversicherung. Auch auf die veranlassende Lage zahlreicher mit Hilfe von Kapitalbindung schaft gemachter Kriegsopter und auf die durch die Neuregelung der Hausversicherungsbindung in Preußen hervorgerufene unhalbbare Lage wurde hingewiesen. An den Schreiben wird das lebe Vertrauen ausgesprochen, daß sowohl der Herr Reichstanzler als auch der Herr Reichs-

arbeitsminister denjenigen Volksgenossen ihre besondere Fürsorge angedeihen lassen werden, die unter Einsatz von Blut und Leben für das Vaterland gekämpft haben.

Keine Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett.

Berlin. (Zuspruch.) In der englischen Presse ist davon die Rede, daß innerhalb des Reichskabinetts ernste Meinungsverschiedenheiten wegen des früheren Kaisers entstanden seien. Von amtlicher Seite werden diese Behauptungen großer Unfug genannt.

Falsche Behauptung über Einlegung von Reichskommissaren in den Ländern.

Berlin. (Zuspruch.) In einer politischen Korrespondenz ist davon die Rede gewesen, daß die Reichsregierung ersuchend der Regelung in Preußen auch in anderen Ländern Reichskommissare einsetzen wolle. Diese Behauptungen werden von unrichtiger Seite als absolut falsch bezeichnet.

Falsche Gerüchte über ein Gesamtmoratorium für die Landwirtschaft.

Berlin. (Zuspruch.) In einer Reihe von Zeitungen sind Meldungen verbreitet über ein Gesamtmoratorium für die Landwirtschaft. Von zuständiger Seite wird festgestellt, daß alle diese Nachrichten, die offenbar von übelwollender Seite verbreitet werden, keinerlei Unterlagen besitzen, und daß sich alle diese Dinge zur Zeit noch im Stadium der Prüfung befinden.

Der Reichspräsident an Reichsminister Dr. Popitz.

Berlin. Der Reichspräsident hat an Reichsminister Popitz ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er dem Antrage des Ministers um Entlassung aus dem Amte als Reichsminister ohne Geschäftsbereich entsprochen habe. Mit Verbedauern habe der Reichspräsident, so heißt es in dem Schreiben, davon Kenntnis genommen, daß Dr. Popitz keine große Zahl und wertvolle Erlösung auch fernherhin dem Reiche und Preußen als wertvoller Reichskommissar für den Geschäftsbereich des preussischen Finanzministeriums zur Verfügung stelle.

Hitters Dank.

München. Die „NSD.“ veröffentlicht folgende Dankagung Adolf Hitlers: „Anlässlich meiner Ernennung zum Reichstanzler sind mir unzählige Glückwünsche von Seiten meiner Parteigenossen zugegangen. Da es mir leider nicht möglich ist, jedem einzeln zu danken, lege ich allen meinen treuen Parteigenossen für ihre Glückwünsche auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.“